

Ruthven | Der Islam



Spätestens seit dem 11. September 2001 vergeht kein Tag, an dem die Medien nicht über den Islam berichten. Doch in der nichtmuslimischen Welt verstehen nur wenige die Grundzüge dieser Weltreligion. Dabei ist der Islam eines der traditionsreichsten Religionsbekenntnisse überhaupt. Mehr als ein Fünftel aller Menschen sind islamischen Glaubens.

Malise Ruthven führt klar verständlich in die wesentlichen Aspekte des Islam ein: Welche Bedeutung hat z. B. die Scharia (islamisches Recht) für das muslimische Leben? Wodurch kennzeichnen sich unterschiedliche religiöse Strömungen wie die der Schiiten, Sunniten oder Wahhabiten? Auch neue Perspektiven auf aktuelle Fragen werden eröffnet: Was gilt das Selbstbestimmungsrecht der Frau in islamischen Gesellschaften? Wie muss sich der Islam anpassen, wenn er der modernen Welt gegenübersteht?

MALISE RUTHVEN, geboren 1942, britischer Autor und Islam-Experte, war als Journalist u. a. für BBC Arabic tätig und lehrte Islamwissenschaften, Kulturgeschichte und Vergleichende Religionswissenschaften an der Universität Aberdeen (Schottland) sowie an verschiedenen internationalen Universitäten.

Malise Ruthven

Der Islam

Aus dem Englischen übersetzt von Matthias Jendis
und Susanne Lenz

Mit 14 Abbildungen und 3 Karten

RECLAM 

Titel der englischen Originalausgabe:
Malise Ruthven: *Islam: A Very Short Introduction*.
Oxford / New York: Oxford University Press, 1997. Neuauflage 2012.

5. Auflage 2020

RECLAM TASCHENBUCH Nr. 20545
2020 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Die Übersetzung erscheint mit Genehmigung der Oxford University Press,
Oxford.

This translation of *Islam: A Very Short Introduction* originally published in
English in 1997, 2000 and 2012 is published by arrangement with Oxford
University Press.

© 2012, 2019 Malise Ruthven

Umschlagabbildung: Freitags-Moschee in Yazd im Iran. © akg-images /
Jürgen Sorges

Druck und Bindung: GGP Media GmbH,

Karl-Marx-Straße 24, 07381 Pößneck

Printed in Germany 2020

RECLAM ist eine eingetragene Marke

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-020545-7

Auch als E-Book erhältlich

www.reclam.de



Inhalt

Vorwort 7

1 Der Islam, die Muslime und der Islamismus 9

2 Der Koran und der Prophet 46

3 Göttliche Einzigkeit 83

4 Die Scharia und ihre Folgen 116

5 Frauen und Familie 139

6 Die zwei Jihads 172

Anhang: Die Fünf Säulen des Islam 219

Zur Aussprache 226

Literaturhinweise 227

Karten 234

Vorwort

Seit dem 11. September 2001 ist der Islam weltweit in den Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit gerückt. Islamische Begriffe wie Jihad (Kampf oder ›Heiliger Krieg‹), Fatwa (Rechtsgutachten), Hijab (von muslimischen Frauen getragener Schleier zur Bedeckung des Kopfes) oder *nijab* und Burka (Ganzkörperverschleierung für Frauen) haben Eingang in den allgemeinen Wortschatz gefunden. Ebenso sind strittige Themen wie Selbstmordanschläge oder die Bekleidung von Frauen allgemein in das politische und kulturelle Bewusstsein vorgedrungen, und zwar sowohl in mehrheitlich muslimischen Ländern als auch in jenen, die über bedeutende muslimische Minderheiten verfügen.

Im vorliegenden Buch habe ich versucht, mich mit einigen der komplexen Sachverhalte rund um die aktuellen Auseinandersetzungen und Ereignisse zu befassen. Es ist eine entmutigende Aufgabe gewesen, eine ›Kurze Einführung‹ in die Religion zu schreiben, der ungefähr ein Fünftel der Menschheit angehört. Kürze erfordert Auswahl des Materials, und dies wiederum bedeutet Aussparen und Weglassen. Angesichts des weiten Spektrums menschlicher Gesellschaften, die unter dem Etikett ›islamisch‹ firmieren, muss ein Prozess der Auswahl und Auslassung notwendigerweise zu einem verzerrten Bild führen. Indem ich mich dafür entschieden habe, mich auf gewisse Themen zu konzentrieren und dafür andere Aspekte auszuklammern, bin ich, wie mir durchaus bewusst ist, meinen eigenen Instinkten und Vorurteilen gefolgt. Was meinen Beruf angeht: Ich war früher Journalist und habe auch die akademische Laufbahn eingeschlagen. Für dieses Buch habe ich auf beide Disziplinen zurückgegriffen. Der Journalist in mir hat die Schlagzeilen in den Zeitungen vor Augen. Weil mir bewusst ist, dass viele Menschen im Westen ›den Islam‹ oder Islamismus (zur Unterscheidung beider Begriffe s. S. 45) als feindliche Mächte ansehen, als die größte ideologische Herausforderung, mit der

der Liberalismus nach dem Ende der Aufklärung und dem Zusammenbruch der Sowjetunion konfrontiert ist, habe ich der islamischen Politik mehr Platz eingeräumt, als ihr nach Meinung einiger Leser zustehen dürfte. Dasselbe ließe sich zu meinem Kapitel über Frauen und Familie sagen, ein heftig umstrittenes Thema, das in der aktuellen Berichterstattung einen hohen Stellenwert besitzt. Gleichzeitig hat der Wissenschaftler in mir versucht, die stereotypen Vorstellungen und vereinfachenden Verallgemeinerungen zu vermeiden, die mit der Behandlung dieser kontroversen Themen in den Medien einhergehen.

Frühe Entwürfe zur Erstauflage des vorliegenden Buches sind von Professor James Thrower, meinem ehemaligen, inzwischen verstorbenen und schmerzlich vermissten Kollegen an der Universität von Aberdeen, sowie von wissenschaftlichen Lektoren durchgesehen worden, die der Verlag Oxford University Press zu Rate gezogen hat. Nicht nur ihnen schulde ich Dank für viele Verbesserungsvorschläge, sondern auch Deniz Kandiyoti, die einen ersten Entwurf des 5. Kapitels gelesen und wertvolle Einsichten und Anregungen aus ihrem reichen Wissensschatz über die Kulturen und den Feminismus des Nahen Ostens beigetragen hat. Viel verdankt diese überarbeitete Neuauflage auch den Gesprächen mit Freunden und Kollegen, die zu zahlreich sind, als dass ich sie alle namentlich aufführen kann. Doch ganz besonders möchte ich George Miller danken, einem außergewöhnlich umsichtigen und hilfsbereiten Lektor, der die Erstauflage betreute, sowie den Verfassern zahlreicher Bücher, die im neuen, überarbeiteten Literaturverzeichnis zu finden sind, des Weiteren sämtlichen Redakteuren und Rezensenten – allen voran Robert Silvers von der *New York Review of Books* –, die mir ermöglichten, die genannten Veröffentlichungen einzusehen.

1 Der Islam, die Muslime und der Islamismus

Seit dem 11. September 2001 vergeht kein Tag, an dem die Medien nicht über den Islam, die Religion von etwa einem Fünftel der Menschheit, berichten. Die Terroristen, die vier amerikanische Flugzeuge entführten, zwei in das New Yorker World Trade Center und das Pentagon (nahe Washington, D. C.) lenkten und eines aufgrund einer Revolte der Passagiere nahe Shanksville, Pennsylvania, zum Absturz brachten, töteten insgesamt etwa 3000 Menschen und lösten damit nicht nur den Antiterrorkrieg der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten aus, der zur Beseitigung der muslimischen Regierungen in Afghanistan und im Irak führte: In der Folge geriet der Islam als Analyse- und Diskussionsgegenstand weltweit in den Fokus der Öffentlichkeit.

Seither werden die Auseinandersetzungen in Zeitungsberichten, Rundfunk- und Fernsehbeiträgen, Cafés, Bars und im privaten Bereich sowohl hitzig als auch leidenschaftlich geführt. Fragen, die früher in der Exklusivität wissenschaftlicher Tagungen oder von Hauptseminaren erörtert wurden, gehören nun zum politischen Alltag. Worin besteht das »Gesetz des Jihad«? Wie kommt es, dass die Religion des Friedens, der sich Millionen von normalen, ehrbaren Gläubigen verschrieben haben, anscheinend zur hasserfüllten Ideologie einer zornigen Minderheit geworden ist? Derartige Fragen sind nicht länger »akademisch«, sondern dürften von vitalem Interesse für die meisten Menschen auf diesem Planeten sein. Dass sich der Islam oder eine Spielart von ihm – ganz gleich, ob von Extremisten verzerrt, pervertiert, korrumpiert oder für ihre eigenen Zwecke missbraucht – zu einer festen Größe und Macht oder zumindest zu einem Etikett für ein Phänomen mit bedrohlichem Potenzial entwickelt hat, werden wohl wenige bestreiten. Doch Muslime, die im Westen oder in den immer größer werdenden Teilen der muslimischen Welt mit dem digitalen Fußabdruck des Westens leben, weisen verständlicherweise die Verdächtigungen von

sich, denen sie durch die wachsenden Sorgen der Nicht-Muslime ausgesetzt sind. Der Islam, so argumentieren sie vielleicht, sei eine Religion des Friedens, denn das Wort ›Islam‹, ein Verbalsubstantiv in der Bedeutung von ›Selbsthingabe (an Gott)‹, ist etymologisch verwandt mit dem Wort für Frieden, *salaam*. Die allgemeingültige Grußformel, die Muslime sowohl untereinander als auch Fremden gegenüber verwenden, lautet: *as salaam 'alaikum* – »Friede sei mit Dir«. Einer weitverbreiteten Ansicht entsprechend, verkennen daher diejenigen, die den Islam der Gewaltbereitschaft bezichtigen, den im Kern friedliebenden Charakter dieser Religion.

Ein Abwägen der Gegebenheiten in historischer Perspektive unterstützt diese Auffassung. In seiner Frühform (bis etwa zum Jahr 750 der christlichen Zeitrechnung) entstand der Islam zwar im Zuge der arabischen Eroberung, doch in den Jahrhunderten danach erfolgte seine Ausbreitung im Großen und Ganzen friedlich entlang des riesigen Netzes von Handelswegen, die vom südlichen Afrika bis nach China, zum südostasiatischen Archipel und den Bergtälern und Steppen Zentralasiens reichten. Als eine »Religion des Buches« brachte der Islam das Ansehen jener Hochkulturen mit sich, die mit großen Städten wie Kairo, Bagdad und Delhi in Verbindung standen. Da es in ihm weder so etwas wie das Papsttum oder ein formales Regelwerk für die Durchsetzung der Lehren und Riten gibt, erwies er sich als besonders fähig, örtliche Traditionen und Gebräuche, die älteren Überlieferungen entstammten, zu integrieren. In einigen Fällen handelte es sich dabei um hochentwickelte religiöse Lehren wie etwa die zoroastrische, buddhistische oder hinduistische, in anderen um Schamanenkulte und animistische Bräuche, wie sie überall vorzufinden sind. Die Hauptrolle bei der Verbreitung des Islam in den Randgebieten hatten Gelehrte oder heilige Männer (manchmal auch Frauen) inne, die oft zugleich als Händler tätig waren und großes Geschick darin bewiesen, örtliche Kulte, Sitten und Gebräuche zu »islamisieren«.

Etliche Wissenschaftler haben angemerkt, dass der Begriff ›Bekehrung‹, der eine bewusste Absicht und individuelle Wahlmöglichkeit voraussetzt, zur Bezeichnung dieses Vorgangs unzutreffend sei. Denn es geht dabei um Prozesse einer sehr viel fließenderen kulturellen Anpassung, die im Verlauf von mehr als einem Jahrtausend stattfand. Während dieser Zeit stieg der Islam zur zweitgrößten Religion nach dem Christentum auf. Orthodoxie – oder, um genauer zu sein, Orthopraxis, also die korrekte Befolgung ritueller Handlungen oder Verhaltensweisen in Übereinstimmung mit den zentralen Lehren des Islam – ergab sich daraus manchmal, jedoch nicht zwangsläufig, da die Menschen der Randgebiete in unterschiedlich enger Beziehung zu Mekka und den urbanen Zentren standen.

Obwohl die islamische Rhetorik, die ihre Wurzeln in den Feldzügen des Propheten Muhammad in Arabien hat, im Verlauf der militärischen Auseinandersetzungen, an denen Muslime beteiligt gewesen sind, häufig beschworen wurde, stellt das Bild von der ständigen oder latenten Kampfbereitschaft des Islam eine Verzerrung der tatsächlichen Leistungen dieser fünfzehn Jahrhunderte zurückreichenden und sich über riesige Gebiete von den Küsten des Atlantiks bis zum indonesischen Archipel erstreckenden Religion und Kultur dar. Die Auffassung, dass der Islam an sich gewaltbereit sei, hat vor allem folgende zwei Ursachen: die jüngere Geschichte des Kolonialismus und die Übertreibungen in den Medien. Vom 18. Jahrhundert an, als der größte Teil der muslimischen Welt in der Folge der wirtschaftlichen, militärischen und industriellen Vormacht Europas unter direkte oder indirekte Kontrolle des Westens geriet, formierte sich Widerstand gegen den Kolonialismus, angeführt von muslimischen Bewegungen wie der des ‘Abdul Qadir gegen die Franzosen in Nordafrika, der sudanesischen Mahdi-Aufstand gegen die Briten im Sudan oder die Kampagne Imam Shamils gegen die Russen im Kaukasus. Die Vorstellung von der Grausamkeit und dem Fanatismus des Islam (eine Wiederholung von Motiven,

die schon viele Jahrhunderte zuvor in Erscheinung getreten sind, und zwar während der Kreuzzüge) wurde also in einer Zeit geprägt, als die europäischen Mächte sich im Konflikt mit den Muslimen befanden, die ihre Gebiete gegen imperialistische Übergriffe verteidigten.

In jüngster Vergangenheit hat der Medieneffekt dieses Bild zusätzlich belastet. In einer Zeit der *sound-bites*, in der sich die redaktionellen Vorgaben der Zeitungen an den Schlagzeilen der Massenblätter orientieren, wird dem Leben und den Werten einer friedliebenden Mehrheit zwangsläufig weniger Aufmerksamkeit gewidmet als den auf Öffentlichkeitswirkung angelegten Taten lärmender Minderheiten. Die Nachrichtenmedien ähneln dem Zerrspiegel auf einem Jahrmarkt, übertreiben sie doch die Militanz der wenigen, während sie gleichzeitig die Friedfertigkeit oder Gleichgültigkeit der vielen vernachlässigen. Dieses auffällige Merkmal moderner Gesellschaften ist von Extremisten erfolgreich ausgenutzt worden, um die Aufmerksamkeit entweder auf allgemeine Missstände oder die politischen Programme von Minderheiten zu lenken. Terrorangriffe wie 9/11, die Madrider Zuganschläge im Jahr 2004, bei denen 191 Zivilisten (das schwerste islamistische Attentat in Europa) ums Leben kamen, die Bombenexplosionen 2005 in London, die 52 Todesopfer forderten, oder die Terroranschläge auf die Pariser Satire-Zeitschrift *Charlie Hebdo* und den Musikclub Bataclan 2015 sind nicht nur sinnlose Akte von Gewalt – ebenso wenig wie die Selbstmordattentate auf den Brüsseler Flughafen 2016, die Manchester Arena 2017 oder die vorsätzliche Tötung von Zivilisten durch Lastkraftwagen (wie 2016 am französischen Nationalfeiertag in Nizza, 2016 auf dem Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche oder 2017 im Zentrum von Barcelona). Durch das Propagieren von Taten – eine Strategie, die bereits die europäischen Anarchisten des 19. Jahrhunderts verfolgten¹ –

1 Vgl. dazu Malise Ruthven, *A Fury for God*, London 2002.

rütteln sie die öffentliche Aufmerksamkeit wach. Paradoxe Weise erhalten die Extremisten dabei aber möglicherweise Unterstützung durch die Gegenreaktionen der Regierungen, und zwar indem ganze Gemeinschaften ins Visier genommen oder Kriege begonnen werden, die die Loyalität kürzlich Eingebürgerten herausfordern. Auf der globalen, von den Medien beherrschten Bühne stehen die Geschehnisse in asymmetrischer Wechselwirkung und lösen unvorhersehbare Wellen der Erschütterung aus.

Der von der islamistischen al-Qaida unter der Führung von Osama bin Laden organisierte und geförderte Angriff auf die Vereinigten Staaten war zum Teil durch die Anwesenheit US-amerikanischer Truppen auf dem heiligen Boden Saudi-Arabiens motiviert.² Diese war ihrerseits eine Reaktion auf die Bedrohung der US-amerikanischen Ölversorgung durch die Invasion Kuwaits, die der irakische Diktator Saddam Hussein 1991 durchführte. 9/11 und die Logik von George W. Bushs Antiterrorkrieg hatten zur Folge, dass die USA militärisch gegen das Taliban-Regime in Afghanistan und das Saddam-Regime im Irak vorgingen. Darauf geschahen zeitnah die inzwischen als 7/7 bekannten Londoner Bombenattentate, ausgelöst durch den Zorn einer kleinen Gruppe junger, in Großbritannien geborener Muslime über die britische Beteiligung an den Kriegseinsätzen gegen zwei mehrheitlich muslimische Staaten, bei denen Tausende von Muslimen ums Leben kamen. Vor dem Hintergrund dieser unwägbareren Wechselwirkungen erwiesen sich die Voraussagen einflussreicher Kommentatoren wie etwa Bernard Lewis von der Princeton University oder des 2008 verstorbenen Harvard-Professors Samuel Huntington hinsichtlich eines »Zusammenstoßes der Kulturen« (»clash of civilizations«), der zwischen

2 Zu Äußerungen von Osama bin Laden vgl. Bruce Lawrence (Hrsg.), *Messages to the World: The Statements of Osama bin Laden*, London 2005.

»dem Islam« und »dem Westen« drohe, als gefährliche, sich selbst erfüllende Prophezeiungen.³ Der 2010 verstorbene Fred Halliday, ein scharfsinniger Beobachter der internationalen Szene, beschrieb es folgendermaßen: »Der Mythos der Konfrontation wird von zwei scheinbar gegensätzlichen Seiten genährt: Da ist einmal – vor allem im Westen – das Lager derjenigen, die daran interessiert sind, die muslimische Welt zum neuen Feind zu stempeln. Und dann gibt es in den islamischen Ländern jene, die einer Konfrontation mit der nichtmuslimischen, besonders mit der westlichen Welt das Wort reden.«⁴

Hallidays Beobachtung wird dadurch bestätigt, dass im Westen seit kurzer Zeit die Tendenz zur Verbindung der von der Mehrheit der Muslime geteilten Ablehnung des islamistischen Extremismus mit populistischen und neofaschistischen Strömungen sowie identitären Bewegungen wie etwa dem Zivilisationsnationalismus erkennbar ist, die von den Rändern der politischen Szene in die etablierte Kultur vorzurücken scheinen. Schlagwörter wie »weiße Identität« und anti-einwanderungsorientierte Themen wie etwa die Theorie vom »Großen Austausch«, derzufolge die weiße Bevölkerung in Europa, Nordamerika, aber auch Australasien durch Immigranten aus Afrika und dem Nahen Osten ersetzt wird, rufen derzeit in der gesamten westlichen Welt eine große Anzahl rassistischer und quasi-rassistischer Bewegungen ins Leben. Dazu gehören z. B. die Identitäre Bewegung Österreichs (IBÖ), PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands), die Alternative für Deutschland (AfD), die Nouvelle Droite in Frankreich, die English Defence League in Großbritannien sowie die identitären Bewegungen in Europa, Australien, Neuseeland oder Nordame-

3 Vgl. Samuel Huntington, »The clash of civilizations?«, in: *Foreign Affairs* 72 (1993) Nr. 3, S. 22–49.

4 Fred Halliday, *Islam and the Myth of Confrontation. Religion and Politics in the Middle East*, London 1995, S. 6.

rika. Der weltweite Trend, der sich durch die Tatsache verschärft, dass extremistische Ansichten Unterstützung durch die sozialen Medien erhalten, da sie Gleichgesinnten die Möglichkeit zur Interaktion im virtuellen Raum bieten, wird markiert durch schreckenerregende Gräueltaten wie etwa die Ermordung von 69 sozialdemokratischen Jugendlichen (die dem Thema Immigration aufgeschlossen gegenüberstanden) im Juli 2011 auf der Insel Utøya in der Nähe von Oslo durch Anders Behring Breivik oder die zum Teil an Breivik orientierte Tötung von 51 Muslimen in zwei Moscheen der Stadt Christchurch (Neuseeland) im März 2019 durch einen weißen Australier, der sein Vorgehen live ins Netz übertrug. Auch wenn nicht nur neofaschistische oder die weiße Identität in den Mittelpunkt stellende Bewegungen anti-muslimisch sind, so besteht kein Zweifel daran, dass die allgemeine Feindseligkeit gegenüber nichtweißen Einwanderern einen besonderen Ansatzpunkt in der sichtbaren Präsenz der Muslime in den Ländern der westlichen Welt findet. Alexander Gauland, Vorsitzender der AfD im Bundestag, äußerte im September 2017 die Meinung, dass der Islam keine Religion sei, sondern eine religiös-politische Doktrin.

Die Gräueltaten auf Utøya und in Christchurch sind jedoch nicht allein durch Furcht und Schrecken vor den Muslimen motiviert. Sie sind ein Spiegel der abscheulichen Bilder von Grausamkeiten, die Online-Jihadisten während der Zeit verbreiteten, als die Terroreinheit des Islamischen Staats (auch mit dem aus dem Arabischen transkribierten Akronym Daesh bezeichnet) ihr großes Gebiet entlang der Grenze zwischen Syrien und dem Irak besetzt hielt. Dabei handelte es sich um die exakt inszenierten Bilder von Kreuzigungen, Massenhinrichtungen oder Enthauptungen, bei denen die abgeschlagenen Köpfe aufgespießt oder von lachenden Kindern hin und her geschwenkt wurden, die die medienerfahrenen Akteure der Terrororganisation im Internet präsentierten und sich dabei der ausgeklügelten Wirkmöglichkeiten ihres Mediums bedienten. Sie zielten dar-

auf, den Krieg zwischen dem Islam und dem Westen anzuhetzen, für den Mörder wie Breivik oder Tarrant sich offenbar engagierten. Abu Bakr Naji, der die theoretische Grundlage für die Strategie der Online-»Schrecklichkeit« des Islamischen Staats schuf, betrachtete Brutalität als eine Möglichkeit, die Vereinigten Staaten und ihre westlichen Verbündeten dazu zu verleiten, ihren Stellvertreter-Einsatz gegen die Jihadisten mit Hilfe des Irak oder der kurdischen Milizen aufzugeben, und dazu zu zwingen, den Islam direkt zu bekämpfen – in einem Krieg, der zwangsläufig die muslimische Version eines Armageddon auslösen und unausweichlich im Sieg des Islam enden würde. Das Programm des neuseeländischen Mörders Brenton Tarrant hat nahezu denselben Wortlaut: In seinem kaum verständlichen, an Breivik orientierten Manifest schrieb er, dass eines seiner Ziele darin bestehe, »Gewalt, Vergeltung und weitere Spaltung anzuzetteln«, um »die Feinde meines Volkes zum Handeln anzustacheln, damit sie sich verausgaben und den endgültigen und unvermeidlichen Gegenschlag erleiden«.⁵ Einige traf der Gegenschlag sechs Wochen später: Am Ostersonntag 2019 verübten islamistische Terroristen Anschläge auf drei Kirchen und Luxushotels in Sri Lanka und töteten in einer Serie koordinierter Selbstmordattentate mehr als 250 Gläubige und Touristen. Obwohl ein örtlicher Jihadist als Verbindungsmann der Attentäter zum Islamischen Staat fungierte, behauptete die Regierung in Sri Lanka, dass die Massaker eine Vergeltung für das Attentat in Christchurch seien. Diese Auffassung wurde jedoch von Sicherheitsexperten widerlegt. Das Fehlen einer direkten Verbindung ist aber keineswegs ein Gegenbeweis gegen einen umfassenden ideologischen Zusammenhang.

5 Aus dem »Manifest« von Brenton Tarrant. Vgl. z. B. www.nytimes.com/2019/03/15/world/asia/new-zealand-gunman-christchurch.html, aufgerufen am 9.9.2020.

So wie al-Qaida eine extreme, aktivistische Ausprägung politischer Meinungen darstellt, die zwar von einer weitaus größeren Anhängerschaft unter den radikalen Muslimen geteilt werden, ohne dass diese jemals in Betracht ziehen würden, die Grenze zwischen Denken und Handeln zu überschreiten, vertreten Breivik und Tarrant (ihren Manifesten nach zu urteilen) eine Reihe von Standpunkten, die Gruppierungen wie den Christian-Identity-Bewegungen, den »Anti-Jihadisten« oder der »paranoiden Rechten« zuzuordnen sind. All ihre Verfechter pflichten trotz ihrer eindeutigen Verurteilung der Massaker irgendeiner Variante der Theorie bei, dass sich Europa, ohne es zu ahnen, auf dem Weg in eine kulturelle Katastrophe befindet und islamistischen Terroristen ermöglicht, in europäischen Städten bedrohlich Fuß zu fassen.

Bin Laden polarisierte im Leben wie im Sterben. Nach Ansicht der bestehenden Regierungen und der großen Mehrheit der Muslime hat er die Botschaft des Islam für Gerechtigkeit, Frieden und Brüderlichkeit ins Gegenteil verkehrt, indem er Terroranschläge befahl, denen Tausende unschuldiger Menschen zum Opfer fielen, viele von ihnen Muslime. Für seine Bewunderer hingegen stellte er einen beispielhaften Helden dar, der nach dem Vorbild des Propheten Muhammad vordergründig ein genügsames und mutiges Leben führte und einen beträchtlichen Anteil seines Privatvermögens für den Kampf gegen die Feinde des Islam stiftete, vor allem gegen die Vereinigten Staaten und die mit ihnen verbündeten Regierungen in der muslimischen Welt »auf dem Pfad Gottes«. Sowohl Bin Ladens Leben als auch sein Tod haben einige der Fragen und Probleme geschaffen, die nachfolgend zu untersuchen sind.

Es ist kein einfaches Unterfangen, eine Definition des Islam zu geben. Wenn wir uns westlicher Begriffskategorien bedienen, die allerdings muslimischen Wahrnehmungsweisen sehr fremd sein können, müssen wir gleich zu Beginn Folgendes feststellen: »Islam« kann sowohl einen religiösen Glauben als

auch eine politische Ideologie bezeichnen; der Begriff kann weiterhin in gewissen Zusammenhängen zur Kennzeichnung der Identität eines Individuums oder einer Gruppe dienen. Diese drei Begriffsbestimmungen schließen sich weder gegenseitig aus noch sind sie ineinander enthalten.

Islam als Identität

Im Arabischen ist *islam* ein Verbalsubstantiv und bedeutet die Hingabe des Selbst im Angesicht Gottes, wie er sich durch die Botschaft und das Leben seines Propheten Muhammad geoffenbart hat. In seiner Grundbedeutung, wie sie zum Beispiel im Koran und anderen grundlegenden Texten verwendet wird, bezieht sich das Wort »Muslim« auf eine Person, die sich hingibt (vom aktiven Partizip des Verbs *aslama* ›sich hingeben‹). Jedoch gibt es eine zweite Bedeutung von »Muslim«, die in die erste mit hineinspielen kann. Demzufolge ist ein Muslim das Kind eines muslimischen Vaters, wobei er oder sie die konfessionelle Identität des väterlichen Elternteils übernimmt, ohne notwendigerweise die Glaubensgrundsätze und Praktiken der Religion zu befolgen – genau wie ein Jude oder eine Jüdin sich als »jüdisch« definieren kann, ohne die Gebote und Verbote der Halacha zu beachten. In nichtmuslimischen Gesellschaften kann die Identität solcher Muslime sowohl vom Selbstverständnis wie auch von der Rechtsposition her säkularer Natur sein. So sind die Muslime in Bosnien – Nachkommen von Slawen, die unter osmanischer Herrschaft konvertiert sind – nicht immer dafür bekannt gewesen, dass sie regelmäßig in der Moschee beten, sich des Alkohols enthalten, die Frauen von den Männern absondern und andere gesellschaftliche Praktiken befolgen, die gemeinhin mit gläubigen Muslimen in anderen Teilen der Erde in Verbindung gebracht werden. Sie wurden unter dem früheren kommunistischen Regime Jugoslawiens seitens der Behörden als

Muslime bezeichnet, um sie von den (orthodoxen) Serben und den (katholischen) Kroaten zu unterscheiden. Das Etikett »Muslim« kennzeichnet also ihre Zugehörigkeit zu einer ethnischen Bevölkerungsgruppe, ohne notwendigerweise etwas über die religiösen Überzeugungen der Mitglieder auszusagen. In diesem engen Bedeutungszusammenhang (der auch für andere muslimische Minderheiten in Europa und Asien gelten mag) ist es nicht zwangsläufig unmöglich, sowohl Muslim als auch Atheist oder Agnostiker zu sein – genau wie es ja auch jüdische Atheisten oder Agnostiker gibt. Im Gegensatz dazu verweist das Wort »Christ« oder »Christin« mittlerweile im normalen Sprachgebrauch auf eine rein konfessionelle Bindung: Auch wenn besonders fortschrittliche Theologen sich des Begriffes ab und zu bedienen mögen, ist ein »christlicher Atheist« für die meisten ein Widerspruch in sich, und das, obwohl wir nach wie vor von der westlichen als einer überwiegend christlichen Kultur sprechen können. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass diese säkulare Definition des Begriffes »Muslim« (zuweilen begegnen auch die Bezeichnungen »kultureller Muslim« oder »nomineller Muslim«) keineswegs unumstritten ist. Genau wie die fundamentalistischen Christen in Amerika den Terminus »Christ« für sich reklamieren und damit ausschließlich diejenigen bezeichnen, welche ihre ganz bestimmte (für gewöhnlich enge) Version des Glaubens teilen, tendieren auch die muslimischen Aktivisten unserer Tage dazu, die begrifflichen Grenzen zwischen sich und den anderen Muslimen neu zu ziehen und alle auszuschließen, die ihre Ansichten nicht teilen. In extremen Fällen kann das so weit gehen, dass sie diese dann als »Ungläubige« bezeichnen. Alles in allem ist die Verwendung der verschiedenen Bezeichnungen wenig konsistent. Dort, wo Muslime, gleich wie verweltlicht oder lediglich »kulturell muslimisch« sie sein mögen, mit dem Rücken zur Wand stehen, werden sie, wie es in Bosnien geschah, wo 1995 tausende vielfach nicht praktizierende Muslime von Serben ermordet wurden, in der politi-

schen Rhetorik großzügig zu den Gläubigen gezählt. In Ägypten oder Tunesien dagegen, wo manche Eliten, die westlichen Wertvorstellungen zugeneigt sind, als zu säkularisiert betrachtet werden, wird nicht praktizierenden Muslimen möglicherweise der Stempel »Ungläubige« aufgedrückt«. Allerorts bezeichnen die Wörter »Islam« und »Muslim« ein Territorium, auf dem die Gebietshoheit heftig umstritten ist.

Der Islam als politische Ideologie

Das Wort »fundamentalistisch« wird manchmal dazu verwendet, jene Muslime zu bezeichnen, die mit allen Mitteln einen islamischen Staat errichten oder wiederherstellen wollen. Ihrer Ansicht nach ist es die Aufgabe des islamischen Staates, die Befolgung des geoffenbarten Gesetzes des Islam, der Scharia, zu erzwingen. Wegen des christlichen Ursprungs ist die Verwendung des Begriffes »fundamentalistisch« nicht unproblematisch: Ursprünglich war der Fundamentalismus eine Bewegung, die gegen die liberale oder modernistische Theologie zielte, wie sie in den protestantischen Priesterseminaren Amerikas gelehrt wurde. Im Mittelpunkt der Angriffe standen dabei besonders solche Lehrmeinungen, die ein wörtliches Verständnis bestimmter übernatürlicher Ereignisse in Frage stellten, sei es die Erschaffung der Welt in sechs Tagen, die jungfräuliche Geburt oder die körperliche Wiederauferstehung und bevorstehende Wiederkunft Christi. Muslimische Autoren und Ideologen, die als »fundamentalistisch« gelten, haben sich dagegen allesamt die eine oder andere modernistische oder allegorische Auslegung des Koran zu eigen gemacht, während praktisch alle gläubigen Muslime – nicht nur die als Fundamentalisten bezeichneten – im Koran das ewige und unmittelbar empfangene Wort Gottes sehen. Für die Muslime, die den Islam gegen die vermeintlich korrumpierenden Einflüsse des modernen Säkularismus und »des Westens« verteidigen wol-

len, steht das *Handeln* im Mittelpunkt, nicht der *Glaube*. Dieser Grundsatz entspricht im Allgemeinen altüberlieferten historischen Mustern, auch wenn die Verfahren, ihm zur Durchsetzung zu verhelfen, neu sein mögen (und sogar terroristische Methoden beinhalten können). In der Geschichte des Glaubens hat sich die Definition dessen, was islamische Rechtschaffenheit sei, immer eher an der Glaubenspraxis und weniger an Doktrin und Dogma orientiert. Muslime, die von der Mehrheit in Fragen der Führerschaft und der Theologie abwichen, wurden für gewöhnlich toleriert, sofern ihr soziales Verhalten im Einklang mit allgemein anerkannten Maßstäben stand. Wenn muslimische Radikale oder Aktivisten sich die »Wiedereinführung« des islamischen Gesetzes mit Hilfe staatlicher Macht zum Ziel setzen, geht es eher um die Durchsetzung konformen Verhaltens (Orthopraxis) als um Übereinstimmung in Fragen der Glaubenslehre (Orthodoxie).

Ehe die weitverbreiteten Demonstrationen des Arabischen Frühlings 2011 große Teile des Nahen Ostens in politischen Aufruhr versetzten, wurden unterschiedliche Mittel eingesetzt, um dieses Ziel zu erreichen – je nach Ausprägung der politischen Institutionen des jeweiligen Landes. In manchen Ländern, zum Beispiel in Jordanien, saßen muslimische Radikale als Volksvertreter im Parlament. In Ägypten konnten sie trotz des Verbots der Muslimbruderschaft als Unabhängige oder Mitglieder anderer verbündeter Parteien fungieren. Im Anschluss an den Zusammenbruch der Mubarak-Regierung 2012 eröffnete dort die Wahl von Mohammed Mursi, einem Mitglied der Muslimbruderschaft, die Aussicht auf einen verfassungsgestützten Weg zu einer gewählten Regierung unter der Führung der Bruderschaft. Doch Mursis eigenes politisches Unvermögen und das Ausbleiben einer Unterstützung durch Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate bewirkten, dass Mursi nach nicht einmal einjähriger Amtszeit durch den Verteidigungsminister General Abd al-Fatah al-Sisi gestürzt wurde. Dieser folgte Mursi im Amt des Präsidenten. Die nachfolgenden Repressionen, wie

zum Beispiel das Massaker an ungefähr tausend Demonstranten auf dem Rabaa-al-Adawiya-Platz in Kairo im August 2013, waren ungemein schärfer als die während des Mubarak-Regimes. Indem Ägypten modellhaft ein ähnlich hartes Durchgreifen des Militärs nach öffentlichen Demonstrationen, Aufständen und Auseinandersetzungen einführte, war die Aussicht auf einen geordneten Weg zu einer islamischen Regierungsform nicht nur umstritten, sondern auch schwer realisierbar. Selbst wenn, wie in Jordanien und Tunesien, eine quasi-demokratische Option zum Zuge kommen mag, wird die Demokratie nach westlichem Vorbild weiterhin von radikalen Islamisten abgelehnt oder einem System untergeordnet, das ausschließlich dem Islam verpflichtete Kandidaten zur Wahl als Repräsentanten zulässt. Die meisten Muslime militanter Ausrichtung stellen die Grundlagen der internationalen Ordnung in Frage: In den Worten ihres einflussreichsten Mentors, Sayyid Abul 'Ala Maududi (1903–79) ist es ihr Ziel, die Souveränität des Volkes, wie sie sich in der parlamentarischen Gesetzgebung manifestiert, durch die »Souveränität Gottes« zu ersetzen, die in vollkommener und endgültiger Form im Gesetz der Scharia geoffenbart worden ist.

Kritiker dieses Ansatzes – und davon gibt es nicht wenige – konzentrieren sich auf zwei seiner Hauptargumente. Sie weisen darauf hin, dass es geschichtlich betrachtet niemals eine islamische Gesellschaft gegeben hat, die ausschließlich nach dem islamischen Religionsgesetz regiert wurde, noch nicht einmal während der Blütezeit der islamischen Zivilisation. Zwischen den De-jure-Formulierungen der Rechtsgelehrten und der politischen Macht, wie sie de facto ausgeübt wurde, hat immer eine Lücke geklafft. Überdies wurde angesichts der enormen kulturellen Unterschiede und geographischen Entfernungen zwischen muslimischen Gesellschaften das islamische Gesetz überall zwangsläufig durch örtliches Gewohnheitsrecht ergänzt. Rechtshistorisch betrachtet, ist die Scharia niemals in übergeordneter Weise Wirklichkeit geworden.

Der zweite und schwerwiegendere Vorwurf der Kritiker an die Adresse jener, die auf einer Politisierung des Islam bestehen, lautet auf Verfälschung der Tatsachen. Die Ideologie oder Ideologien, die von den Islamisten propagiert werden, seien weit davon entfernt, ihrem Gehalt nach ausschließlich »islamisch« zu sein; vielmehr handele es sich dabei in Wahrheit um hybride Formen, die islamische Ansätze und Denkmuster mit sowohl liberalen als auch totalitären Ideen des 20. Jahrhunderts vermischten. Die Begründer des modernen politischen Islam – Maududi, Sayyid Qutb (1906–66) sowie der Ayatollah Khomeini (1902–89) – waren von eben jenen politischen und intellektuellen Kulturen des Westens zutiefst geprägt, die sie laut eigenen Erklärungen ganz entschieden bekämpften. So ist Maududis Kritik am Materialismus und an der moralischen Dekadenz des Westens nachhaltig von den faschistischen Angriffen auf die Demokratie und der Bewunderung für die Diktatoren der dreißiger Jahre geformt worden. Qutbs Fanal zum Kampf gegen die Barbarei (*jahiliya*) kann sich keineswegs auf einen »althergebrachten« Islam stützen, sondern ist durch und durch modern, tritt es doch für eine handlungsorientierte, quasi »existentialistische« Selbstverpflichtung ein. Was seine Behauptung betrifft, Demokratie und soziale Gerechtigkeit hätten ihren Ursprung im Islam, so wird sie von verschiedener Seite für irreführend gehalten, da sie auf einem ahistorischen Verständnis der heiligen Schriften des Islam beruhe. (Sogar der virulente Antisemitismus, den er im Gefolge des arabisch-israelischen Konflikts vertrat, ist zum Teil ein von europäischem Gedankengut beeinflusster Import.) Entsprechend handelt es sich bei der »islamischen« Verfassung, die Khomeini 1979 im Iran eingeführt hat, um eine Mischung aus westlichen und islamischen Elementen und nicht um eine im eigentlichen Sinne »islamische« Verfassung, die eine ungehinderte Durchsetzung der staatlichen Privilegien auf der Basis des aus Europa importierten (und ungeprüften) jakobinischen Modells beinhaltet. Wie Khomeini deutlich

machte, war der islamische Staat als Nachfolger des Propheten Muhammad dem islamischen Recht keineswegs unterworfen, sondern hatte vielmehr die Macht, sich sogar in so fundamentalen Punkten wie Gebet, Fasten und Pilgerfahrt über die Scharia hinwegzusetzen.

Angesichts der zahlreichen muslimischen wie auch nicht-muslimischen Kritiker eines politischen Islam sollte zwischen dem Islam als Religion und der politischen Ideologie dieses Namens unterschieden werden. Letztere als »Fundamentalismus« zu bezeichnen, ist nicht bloß irreführend, sondern arbeitet unnötigerweise den Vertretern eines politischen Islam zu, weil eine solche Bezeichnung impliziert, dass die Verteidigung der »fundamentalen Werte« des Islam immer und überall politisches Handeln erfordere. Muslime, die diese Sicht nicht teilen, vertreten dagegen die Meinung, dass eine Regierung so lange nicht als un- oder gar anti-islamisch bezeichnet werden könne, wie sie die Gläubigen nicht daran hindere, ihren religiösen Pflichten nachzukommen.

Der Islam als Glaube

Die klassischen Autoritäten unterscheiden zwischen dem *islam*, wie ihn der Muslim bekennt, einerseits und *iman* oder Glaube des Mu'min (Gläubigen) andererseits. In den Kriegen der Anfangszeit, in denen die arabische Halbinsel geeint wurde (s. Kap. 2), war die Selbsthingabe oder Unterwerfung unter Gott eine Folge äußerer Einwirkung durch den Propheten und seine Gefolgsleute. Der amerikanische Historiker Fred Donner⁶ weist daraufhin, dass sich viele Botschaften des Koran eher an »Gläubige« als an Muslime richten: Das Wort »Gläubige« kommt darin

6 Vgl. Fred M. Donner, *Muhammad and the Believers – At the Origins of Islam*, Cambridge (Mass.) 2010.

etwa 1000-mal vor im Gegensatz zu weniger als 75 Verwendungen der Bezeichnung »Muslime«. Die Begriffe sind jedoch nicht austauschbar: *islam* und *muslim* beziehen sich auf Hingabe oder Unterwerfung wie im Falle der Beduinenstämme, die sich Muhammad in Arabien ergaben. »Der Begriff Glaube hat offensichtlich eine andere (und positivere) Bedeutung als Hingabe (*islam*), deshalb können wir den Gläubigen nicht einfach mit dem Muslim gleichsetzen, auch wenn einige Muslime durchaus als Gläubige zu bezeichnen sind.«

Der Koran enthält eine Anspielung auf einen Vorfall um eine Gruppe arabischer Beduinen, die behaupten, Gläubige geworden zu sein, worauf Gott ihnen durch den Propheten mitteilt: »Ihr glaubet [noch] nicht; sprecht vielmehr: ›Wir haben uns [dem äußeren Anschein nach] ergeben‹; denn der [wahre] Glauben ist noch nicht eingekehrt in eure Herzen« (Sure 49,14). Der Glaube war demnach eine Folge der Hingabe an den muslimischen Propheten, die innere Überzeugung dagegen beruhte auf der Ausstrahlung seines göttlichen Charismas. Im Laufe der Zeit wurde der vom Gläubigen zu fordernde Grad an innerer Überzeugung zum strittigen Thema theologischer Debatten. Die puritanischen Kharijiten (›Abtrünnige‹) zogen die Grenzen sehr eng und verweigerten Gläubigen mit schweren Sünden das Recht, sich Muslime zu nennen. Dieselbe puritanische Tendenz ist unter heutigen militanten Gruppen wieder aufgelebt, die nachlässige oder nominelle Muslime von ihrer Definition der *umma* als weltweiter Gemeinschaft der Gläubigen ausschließen. Die Kharijiten folgen der als *Istiʿrad* bezeichneten Lehre, die ihnen erlaubte, auch die Frauen und Kinder der von ihnen als Ungläubige Betrachteten zu töten. Sie können daher als die ursprünglichen Terroristen gelten. Die als die *Murjiʿa* bekannten Gegner der Kharijiten gestanden es demgegenüber fast jedem zu, sich als Muslim zu betrachten, solange er oder sie die *shahada* verkündeten, das öffentliche Glaubensbekenntnis, das in die Formel gefasst ist: »Ich bezeuge, dass es keine Gottheit außer Gott gibt und